



universität
wien

Rechtswissenschaftliche Fakultät

Exposé

Titel der Dissertation

„Das Recht auf Verteidigung in der Österreichischen Strafprozessordnung“

Verfasser

Mag. iur. Lukas Gamlich, BSc, LL.B.

Angestrebter akademischer Grad

Doktor der Rechtswissenschaften (Dr. iur.)

Betreuer

O. Univ.-Prof. Dr. Frank Höpfel
Institut für Strafrecht und Kriminologie

Wien, 2014

Studienrichtung: Rechtswissenschaften

Studienkennzahl: A 783 101

Inhaltliche Beschreibung des Dissertationsprojektes

In einem Rechtsstaat, wie der Republik Österreich, sind die Rechte eines jeden Verfahrensteilnehmers klar definiert. Auch die Stellung eines Beschuldigten und dessen Rechte und Pflichten sind normiert und festgesetzt. Dies ist für die Rechtsstaatlichkeit von grundlegender Bedeutung. Dadurch können Essentialia wie Waffengleichheit und das Recht auf ein faires Verfahren geschaffen, garantiert und weiterentwickelt werden.

Denkt man an Beschuldigtenrechte im österreichischen Strafprozess, so kommen sofort Begriffe wie Informationsrecht, Akteneinsichtsrecht, Einspruchs- und Beschwerderecht sowie Beweisantragsrecht ins Bewusstsein, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Diese Arbeit soll sich aber nicht mit den bereits viel beleuchteten und bearbeiteten Beschuldigtenrechten befassen, sondern soll viel mehr auf deren Wurzel, das heißt auf deren Quelle eingehen. Den Beschuldigtenrechten geht eine große und grundlegende Überlegung voraus, nämlich das Recht sich zu verteidigen, also das Recht auf Verteidigung. Den meisten wird das Recht, sich in einem Strafverfahren zu verteidigen, nachvollziehbar oder selbstverständlich erscheinen. Aber theoretisch ist auch ein Verfahren ohne Anwesenheit oder Involvierung des Beschuldigten möglich. Ein Horrorszenario des Rechtsstaats ist ein Verfahren, in dem sich der Beschuldigte nicht verteidigen darf, in dem er nur Beobachter des Geschehens ist und am Ende sich dem Urteil beugen muss. Dies zeigt sehr dramatisch wie wichtig es ist, sich mit dem Recht auf Verteidigung auseinander zu setzen. Dies ist das Ziel dieser Arbeit.

Es soll somit geklärt werden, wie das Recht auf Verteidigung im Strafverfahren in Österreich manifestiert ist, aus welchen Gesetzen sich dieses ergibt und welche weiteren Fragen und Entwicklungen sich aus diesem ergeben. Es werden die verschiedenen Materien zusammengetragen und unter dem Fokus des Rechts auf Verteidigung in der österreichischen Strafprozessordnung betrachtet. Hierfür werden neben der relevanten Literatur auch die spezifischen höchstgerichtlichen Entscheidungen untersucht. Auf diese Weise wird das längst überfällige Thema inhaltlich erschöpfend betrachtet und der aktuelle Forschungsstand sowie verschiedene Meinungsstände bearbeitet. Nur wenn das Recht auf Verteidigung präsent und weiterhin Teil der strafrechtlichen Diskussion bleibt, kann eine sinnvolle und notwendige Entwicklung aller weiteren Beschuldigtenrechte gewährleistet werden.

Nach einer thematischen Einleitung wird sich die Arbeit in drei Hauptteile gliedern. In Teil eins wird die verfassungsrechtliche Verankerung erörtert werden. Ausgangs- und Mittelpunkt

dieses Teils wird die Sichtweise der Europäische Menschenrechtskonvention darstellen. Artikel 6 Abs 3 lit c EMRK legt fest, „jede angeklagte Person hat mindestens folgende Rechte: [...] sich selbst zu verteidigen, sich durch einen Verteidiger ihrer Wahl verteidigen zu lassen oder, falls ihr die Mittel zur Bezahlung fehlen, unentgeltlich den Beistand eines Verteidigers zu erhalten, wenn dies im Interesse der Rechtspflege erforderlich ist“.

Der zweite Teil wird sich mit der innerstaatlichen Rechtslage befassen. Zentrum der Betrachtung ist § 7 Abs 1 der österreichischen Strafprozessordnung. Dieser besagt, „der Beschuldigte hat das Recht, sich selbst zu verteidigen und in jeder Lage des Verfahrens den Beistand eines Verteidigers in Anspruch zu nehmen“.

Nach Darstellung der verfassungsrechtlichen sowie innerstaatlichen Verankerung des Rechts auf Verteidigung wird Teil drei weitergehende Fragestellungen, die mit diesem Recht zusammen hängen oder sich aus diesem Recht ergeben, erörtern. Zentrale Themen werden das Verhältnis zwischen Selbstverteidigung und Anwaltspflicht, die Möglichkeit der Abberufung des rechtlichen Verteidigers und der Widerspruch gegen den rechtlichen Verteidiger sein. Weiters wird sich der Autor mit den Themen des Anklageprinzips nach Art 90 BVG sowie „the role of the prosecutor“ beschäftigen. Ob diese in die Arbeit integriert werden entscheidet sich nach umfassender Auseinandersetzung mit der Literatur und nach Klärung inwieweit diese Themen die Arbeit unterstützen und sinnvoll zu integrieren sind.

Zeitplan

Bis Ende 2013:	Absolvierung aller Pflichtveranstaltungen, Themenfindung, fakultätsöffentliche Präsentation
Anfang 2014:	Statusbericht sowie Ankündigung des weiteren Zeitplans
Sommer 2014:	Verfassen des Exposé und Abschluss der vorläufigen Literaturrecherche
Anfang 2015:	Abgabe und Besprechung des ersten Entwurfs der Dissertation
Frühling 2015:	Abgabe der Dissertation
Sommer 2015:	Angestrebte Defensio

Vorläufige Gliederung

1. Vorwort
2. Inhaltsverzeichnis
3. Abkürzungsverzeichnis
4. Einleitung
5. Verfassungsrechtliche Ebene
 - 5.1. Art 6 Abs 3 lit c EMRK (unter Berücksichtigung der Europäischen Grundrechtecharta)
6. Innerstaatliche Rechtsgrundlage
 - 6.1. § 7 Abs 1 StPO
7. Weitergehende Fragestellungen
 - 7.1. Selbstverteidigung vs. Anwaltpflicht
 - 7.2. Abberufung des rechtlichen Verteidigers
 - 7.3. Widerspruch gegen den rechtlichen Verteidiger
8. Schlussfolgerungen
9. Literaturverzeichnis

Relevante Ausgangspunkte zur Literatur

Achammer, Wiener Kommentar zur Strafprozessordnung, § 7

Auer, Zum Recht des festgenommenen Beschuldigten, einen Verteidiger zu verständigen, ÖJZ 1998, 339

Dahs, Das Handbuch des Strafverteidigers, 1999

E. Fuchs, Rechtsschutz im Ermittlungsverfahren, ÖJZ 2008, 102

Eigner/Dillinger, Erkundigungen und Vernehmungen, StPO-Reform (8), ÖffS 2008, 118

Eigner/Dillinger, Opfer, Beschuldigte und neue Rechte, StPO-Reform (2), ÖffS 2007, 110

Fabrizy, StPO und wichtige Nebengesetze, 2008

Frowein/Peukert, Europäische Menschenrechtskonvention – Kommentar, 1996

Grabenwarter, Europäischer Grundrechtsschutz, 2014

Grabenwarter, Europäische Menschenrechtskonvention, 2008

Grabenweger, Die Grenzen rechtmäßiger Strafverteidigung, Juristische Schriftenreihe, 1997

Gräf, Was bringt das neue Vorverfahren für die Verteidigung? 6.StrafverteidigerInnentag
28./19.3.2008, JSt 2008, 36

Heissenberger, Die Beziehung des Verteidigers zu den kriminalpolizeilichen Vernehmungen
im Lichte des Strafprozessreformgesetzes, RZ 2007, 82

Hermann, Die Rechtsstellung des Beschuldigten bei der Vernehmung durch die Polizei – Eine
fast unendliche Geschichte, in Moos-FS, 1997, 229

Karl/Miehler/Vogler/Wildhaber, Artikel 6, in Pabel/Schmahl, Internationaler Kommentar zur
Europäischen Menschenrechtskonvention, 1986

Kier, Beschuldigten- und Verteidigerrechte im neuen Ermittlungsverfahren, ÖJZ 2008, 180

Kühne, Anwaltlicher Beistand und Schweigerecht des Beschuldigten im Strafverfahren,
EuGRZ 1996, 571

Lesch, Inquisition und rechtliches Gehör in der Beschuldigtenvernehmung, ZStW 1999, 624

Mayer, B-VG, 2007

Mayerhofer, Die Grenzen der straflosen Verteidigung gegen die staatliche Strafverfolgung,
ÖJZ 1973, 375

Moos, Die Anwesenheit des Verteidigers bei Vernehmungen des Beschuldigten im
Vorverfahren, in Strafprozessrecht im Wandel, in Miklau-FS, 2006, 331

Prader, Die Vernehmung des Beschuldigten und die Beziehung eines Verteidigers, AnwBl
1999, 674

Ratz, Probleme der Aussageunterschlagung bei möglicher Selbstbezeichnung, JBl 2000, 291

Schuppich/Soyer, Vorverfahren und Verteidigungsrechte, Juristische Schriftenreihe, 1992,
Bd 52

Soyer, Anwesenheitsrechte, Zur Funktion und zur Regelung der Rechts auf Verteidigung bei
der ersten Beschuldigtenvernehmung aus österreichischer Verteidigerperspektive,
AnwBl 2007, 21

Soyer, Verteidigungsrechte im künftigen Vorverfahren, AnwBl 2000, 596

St. Seiler, Die Belehrung des Beschuldigten über das Recht der Aussageverweigerung, ÖJZ
1993, 257

St. Seiler, Die Stellung des Beschuldigten im Anklageprozeß, Juristische Schriftenreihe, 1996,
Bd 98

Tipold, Die Beistellung des Verteidigers im Strafprozess, Juristische Schriftenreihe, 1993,
Bd 65

Venier, Der Beschuldigte und sein Verteidiger im Vorverfahren – Zum Diskussionsentwurf
des BMJ mit Blick auf die Rechtslage in Italien, AnwBl 1998, 730

Zitta, Der Kontakt des verhafteten Beschuldigten mit seinem Verteidiger, AnwBl 1987, 374